

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

EntschlieÙung zur politischen Situation in Sri Lanka

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

- A. in der Erwägung, daß die gespannte politische Lage in Sri Lanka in den letzten Monaten ein- bis zweitausend Menschenleben gefordert hat,
- B. in der Erwägung, daß für die Mitglieder der tamilischen Minderheit angesichts dieser Situation offenbar die Gefahr von willkürlicher Verhaftung, Mißhandlung oder Hinrichtung durch Sicherheitskräfte besteht,
- C. in der Erwägung, daß Amnesty International bei den einzelnen Regierungen darauf gedrungen hat, angesichts dieser Umstände keine asylsuchenden Tamilen gegen ihren Willen nach Sri Lanka zurückzuschicken,
- D. in der Erwägung, daß der Hochkommissar für Flüchtlingsfragen diese Auffassung teilt und daß er ein entsprechendes offizielles Ersuchen an die westeuropäischen Regierungen gerichtet hat,
- E. in der Erkenntnis, daß längst nicht alle Regierungen der EG-Mitgliedstaaten diesem Ersuchen des Hochkommissars nachkommen, was zur Folge hat, daß sich die in diese Länder geflüchteten Tamilen in einer unverantwortlichen, bedrohten Lage befinden,
- F. unter Hinweis darauf, daß vielerorts versucht wird, die geflüchteten Tamilen als „Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Gründen“ abzustempeln,
- G. in der Erwägung jedoch, daß in Übereinstimmung mit der Beurteilung durch den Hochkommissar kein Zweifel daran bestehen kann, daß die geflüchteten Tamilen als Asylsuchende zu betrachten und als solche aufzunehmen sind,
- H. im Bewußtsein der Tatsache, daß der Zustrom tamilischer Flüchtlinge verschiedene westeuropäische und andere Länder vor große Probleme stellt,

*Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments – 85 18203 – vom 27. Juni 1985.
Das Europäische Parlament hat die EntschlieÙung in der Sitzung am 13. Juni 1985 angenommen.*

- I. in der Erwägung, daß diese Probleme jedoch auf humanitäre Weise und im Geiste einer großzügigen Fremdenpolitik gelöst werden können und müssen –
1. ruft die Regierungen aller Mitgliedstaaten auf, den Empfehlungen des Hochkommissars für Flüchtlingsfragen Folge zu leisten und keine Tamilen nach Sri Lanka zurückzuschicken, bevor die dort herrschenden politischen Konflikte in befriedigender Weise gelöst worden sind;
 2. beauftragt seinen Präsidenten, so schnell wie möglich eine Delegation aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments nach Sri Lanka zu entsenden, die die Situation an Ort und Stelle untersucht;
 3. appelliert an die Regierung von Sri Lanka, der Eskalation der Gewalt ein Ende zu bereiten und einen Versuch zu unternehmen, eine friedliche und positive Lösung für den schwelenden politischen Konflikt zu finden;
 4. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem Rat, der Kommission sowie der Regierung von Sri Lanka zu übermitteln.